

Als ich begann dieses Referat vorzubereiten, dachte ich zunächst, dass ich die Entwicklung des Kapitalismus der letzten vier Jahrzehnte ausbreite und dann daraus ableite, wieso es in so vielen Ländern und Bereichen zu Privatisierungen kommt. Dies wäre mir allerdings zu theoretisch. Einfach verschiedene Fälle aus unterschiedlichen Bereichen vorzustellen und konkret zu zeigen, welche Auswirkungen Privatisierungen für die Beschäftigten und für die Bürger haben, reicht allein aber auch nicht aus, um die Zusammenhänge zu verstehen und dieses Verständnis braucht man, um Privatisierungen effektiv und nachhaltig bekämpfen zu können. Deshalb habe ich mich dazu entschieden beides zu machen und darüber hinaus noch ein paar Aktivitäten zu präsentieren, mit denen auch kurzfristig Privatisierungen verhindert werden können.

Zunächst möchte ich aber an konkreten Beispielen aus dieser Region und aus dem restlichen Bundesgebiet erst einmal erklären, was Privatisierung überhaupt ist. Schließlich gibt es völlig verschieden Arten von Privatisierungen. Viele davon werden nicht unbedingt in der öffentlichen Wahrnehmung immer sofort als solche verstanden. Meistens gibt es nämlich vor dem Verkauf eines kompletten Unternehmens an einen Investor viele kleine Privatisierungsschritte, die diesen vorbereiten. Zudem gibt es zahlreiche Zwischenstufen zwischen öffentlichem Eigentum unter demokratischer Kontrolle und einem privaten Unternehmen, das an der Börse gehandelt wird. Die wichtigste Form – die auch am härtesten bekämpft wird – ist aber natürlich die materielle Privatisierung, also der Verkauf eines öffentlichen Unternehmens an ein privates Unternehmen. Interessant ist aber, dass auch in Soest vielen gar keine Privatisierungen in der Region bekannt sind. Die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen beginnt aber schon früher. Ein Blick auf die Internetseiten des Stadtkrankenhauses (<http://www.stadtkrankenhaus-soest.de/kontakt/impressum.php>, 02.04.2008), der Stadtwerke (<http://www.stadtwerke-soest.de/22.htm>, 02.04.2008) und des hiesigen Entsorgungsunternehmens (ESG) (<http://www.esg-soest.de/esglive/>, 02.04.2008) verrät: alle drei Unternehmen sind bereits privatisiert!!!

Alle diese Unternehmen sind nämlich bereits in die private Rechtsform GmbH umgewandelt worden. Damit ist der Kreis zwar noch Eigner aber es gibt bereits eine separate Geschäftsführung und einen eigenen Aufsichtsrat der auch rechtlich ganz anders funktioniert als bei einem Unternehmen öffentlichen Rechts. Bei einer solchen Rechtsform ist bspw. eine Insolvenz möglich. Insgesamt kann bei einer GmbH öffentliche, demokratische Kontrolle nur noch sehr viel schwerer durchgeführt werden.

Bei der ESG kommt noch eine weitere Form der Privatisierung hinzu. Hier ist der Kreis nämlich nicht mal mehr zu 100% Besitzer des Unternehmens. Hier hat bereits eine so genannte Vermögensprivatisierung stattgefunden. Jeweils 21% der Anteil sind an die privaten Unternehmen Remondis AG&Co. KG (Umsatz 2006: € 2,3 Mrd.¹) und die VEOLIA Umweltservice GmbH (100%ige Tochter des weltweit agierenden VEOLIA Environment [Umsatz 2006: € 28,6 Mrd.²] – gerade vorgestern Teile der Wasserversorgung in Bangladesch übernommen³). Es ist nicht davon auszugehen, dass sich diese Unternehmen an der Entsorgung beteiligen, weil sie sich so über saubere Straßen freuen. Ich denke, dass klar ist, dass hier bereits eine Vermarktlichung stattfindet, die Unternehmen also genauso geführt werden wie private Unternehmen.

Daneben kann man immer häufiger beobachten, dass Unternehmensteile – insbesondere im Niedriglohnbereich – aus dem Unternehmen ausgegliedert werden. Ich bin mir nicht sicher, ob jemand weiß, wie das mit den Beschäftigten der Kliniken hier in Soest aussieht, aber es ist in immer mehr Krankenhäusern zu beobachten, dass die Bereiche Reinigung und Wäsche in eigene Unternehmen ausgegliedert werden, die dann bis zu 30% weniger zahlen als innerbetrieblich bislang ausgehandelt worden war. Da für die bereits Beschäftigten dann meist noch ein Bestandsschutz gilt, differenzieren sich die Löhne auch innerhalb dieser Bereiche aus und machen solidarische Arbeitskampfaktionen extrem schwierig. In Großbritannien haben diese Ausgliederungen nach einigen Jahren zu einem signifikanten Anstieg an Infektionskrankheiten in den Krankenhäusern geführt, weil die Qualität der Arbeit aufgrund des gestiegenen Zeitdrucks der Beschäftigten immer weiter abnahm (<http://www.wsws.org/articles/2005/feb2005/nahs-f08.shtml>, 02.04.2008).

Darüber hinaus sind so genannte PPPs oder auch auf deutsch ÖPP (öffentlich-private-Partnerschaften) in letzter Zeit immer mehr in Mode gekommen, da auch sie eine Vermarktlichung von Strukturen ermöglichen ohne das in der Bevölkerung sehr ungeliebte Mittel der Privatisierung nutzen zu müssen. Hier in Südwestfalen habe ich gelesen wird demnächst die so genannte Regionale 2013 ausgerichtet – vielleicht habt ihr ja davon gehört. In der Bewerbung für dieses Projekt war der erste Punkt der bei „Innovationsregion“ einem der drei strategischen Ziele genannt worden ist: „Förderung der Kooperation von Hochschulen und anderer Bildungseinrichtungen mit privaten Trägern“ (http://www.kreis-soest.de/politikwirtschaft/regionale/080225_regionale_presentation_dr_wutschka.pdf, 02.04.2008). Dieses Projekt wird übrigens operativ von einer Agentur vorangetrieben, die

¹ http://www.remondis.de/f_set.php, 02.04.2008

² <http://www.veolia-umweltservice.de/de.php/unternehmen/konzern.html>, 02.04.2008

³ <http://www.veoliaenvironnement.com/en/veolia-news/article.aspx?id=102>, 02.04.2008

ebenfalls als GmbH organisiert wird. Hier werden also bereits Aufgaben der öffentlichen Verwaltung in die Hände von privatrechtlichen Unternehmen gegeben. Eine weitere Form von Privatisierung ist die – wie ich es mal nennen möchte – „Privatisierung des öffentlichen Raumes“. Ich hab jetzt kein Beispiel aus Soest zur Hand, kann aber das relativ bekannte Centro in Oberhausen anführen. Hier ist das alte Stadtzentrum mittlerweile relativ verwaist und dafür dieses Überdimensionale Shoppingcenter entstanden. Dieses wird von einem privaten Unternehmen geführt, das natürlich das Recht hat, selber zu bestimmen, wer sich auf seinem Eigentum wie aufhält. Deshalb ist dort dann auch so etwas wie eine politische Auseinandersetzung mit Infoständen, wie ihr das hier sicherlich sehr gut kennt, nicht mehr möglich, weil ein Straßenwahlkampf gar nicht mehr geführt werden darf, da dies „Konsumhemmend“ wirken würde.

Ich denke, da treffen wir einen der Kerne der Privatisierungspolitik. Es geht um die Entdemokratisierung der Gesellschaft und darum Kräfteverhältnisse in Richtung des privaten Eigentums zu verschieben. Warum aber ist das so ein wichtiges Ziel und warum tritt dies Phänomen nicht nur vereinzelt auf, sondern überall auf der Welt? Ich denke, wenn man über das globale Phänomen Privatisierung spricht, muss man sich darüber im Klaren sein, wie der derzeitige Kapitalismus funktioniert oder auch nicht funktioniert. Damit komme ich zu den theoretischen Grundlagen, die ich euch versprochen habe.

Wir hatten nach dem 2. Weltkrieg eine der längsten Phasen des Booms in der Geschichte des Kapitalismus. In dieser Phase waren die Profitraten so hoch, dass ein Verteilungsspielraum entstand, der es Gewerkschaften ermöglichte vergleichsweise große Lohnerhöhungen zu erkämpfen und den Aufbau einer relativ gut ausgebauten öffentlichen Infrastruktur zu erwirken. Trotz dieser Verteilung stiegen die Gewinne und die angesammelten Reichtümer fanden daneben noch genug profitable Anlagemöglichkeiten. Ein solcher Boom hat jedoch Grenzen und die wurden Ende der 60er Anfang der 70er Jahre erreicht. Zumindest die größeren Akteure konnten ihre Gewinne aber dennoch durch eine Politik der Steuerentlastungen, Senkung der Lohnkosten, Lockerung investitionshemmender Vorschriften und eine erhebliche Intensivierung der Arbeit trotzdem steigern. Die Gewerkschaften konnten – und teilweise wollten – diese Entwicklung nur sehr schwach abfedern, obwohl sie die von ihnen erkämpften Errungenschaften direkt angriff. Damit sank in allen kapitalistischen Ländern seit Mitte der 70er der Anteil der Löhne am Volkseinkommen in stärker werdendem Ausmaß. Damit sank aber auch die Nachfrage, was wiederum die Neigung die Gewinne wieder zu investieren hemmte. Ein Großteil der noch vorhandenen Löhne floss zudem in Bereiche, die

noch weitest gehend vom Markt geschützt und durch den öffentlich Sektor abgedeckt waren. Daher wurde und wird von Großinvestoren vehement die Deregulierung und Privatisierung des öffentlichen Sektors gefordert.

In Deutschland wird daher seit den 70er Jahren in größerem Umfang privatisiert. Zunächst wurden insbesondere große Industrieunternehmen, wie beispielsweise VW, VEBA oder auch die Lufthansa. In den 90er Jahren begann dann die Privatisierung zentraler öffentlicher Infrastruktureinrichtungen wie der Post mit der damit verbundenen Telekommunikation, dem Energiesektor und der Bahn. Seit dem Jahr 2000 wird nun auch zunehmend der soziale Sektor privatisiert. Insbesondere die Privatisierung von Krankenhäusern, von Bildung und von Wohnungen steht auf der Tagesordnung. Darüber hinaus muss beim Thema Privatisierung auch noch ein Bereich angesprochen werden, der einem dabei ebenfalls nicht unbedingt sofort in den Sinn kommt. Die Privatisierung des Sozialstaates. Ich will das hier nur ganz kurz anreißen, vielleicht können wir das in der Diskussion dann noch mal aufgreifen. Die derzeitige Kampagne der Finanzdienstleistungs- und Versicherungswirtschaft zur privaten Vorsorge im Alter und die privaten Zuzahlungen im Gesundheitswesen sind ebenfalls Privatisierungen in dem Sinne, dass bisher vom Staat verwaltete und gemeinnützig verwendete Gelder der kapitalistischen Profitmaximierung unterworfen werden.

Es gibt Studien der Weltbank in der die bislang öffentlichen Sektoren nach ihrem Umsatz untersucht werden. Der Gesundheitssektor ist mit einem jährlichen weltweiten Umsatz von über 4,1 Billionen US-Dollar der Umsatzstärkste⁴. Übrigens gefolgt vom Bildungssektor – ich denke damit ist klar, wo auch in diesem Sektor die Reise hingehen soll. Dieser Druck von Investoren führt dazu, dass auf allen Ebenen von den globalen Institutionen IWF, WTO und Weltbank über die europäischen Liberalisierungsanhänger in der EU-Kommission bis zur nationalen, föderalen und kommunalen Ebene Bedingungen geschaffen werden, die Privatisierungen begünstigen – also Sachzwänge geschaffen werden, die Privatisierungen nahe legen.

Diese Entwicklung ist allerdings kein Automatismus.

Mittlerweile haben einige Beispiele gezeigt, dass und wie man sich gegen die verschiedenen Formen von Privatisierungen wehren kann. Am bekanntesten sind sicherlich die Beispiele von Volks- und Bürgerbegehren. In Hamburg haben im Februar 2004 76,8% der Wähler gegen eine Mehrheitsprivatisierung der Krankenhäuser gestimmt. In Freiburg haben im November 2006 70,5% der Wähler gegen den Verkauf der städtischen Wohnungen votiert und erst vor

⁴ Gottret, Pablo/Schieber, George: Health Financing Revisited. A Practitioner's Guide, 2006

wenigen Wochen gab es eine Mehrheit von 87,4% gegen den Verkauf von jeglichen Anteilen an allen kommunalen Unternehmen. Diese Erfolge zeigen für mich zwei Dinge. Erstens ist die Mehrheit der Bevölkerung bis weit in die Wähler der bürgerlichen Parteien hinein ganz klar gegen die Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Wenn also behauptet wird, dass öffentliche Unternehmen so schlecht sind, dass wir dringend privatisieren müssen, dann haben die Nutzer dieser Unternehmen offensichtlich ein ganz anderes Bild. Zweitens zeigen diese Beispiele auch, dass mit der Mobilisierung von Menschen, die ihre Interessen vertreten etwas gegen die Entwicklung zu immer mehr Markt getan werden kann.

Leider haben diese Bürger- und Volksentscheide aber auch Grenzen. In Hamburg ist der Volksentscheid von der regierenden CDU einfach ignoriert worden und selbst das Verfassungsgericht der Stadt hat der Regierung dabei Recht gegeben, weil deren Meinung nach ein Volksentscheid nicht höherwertiger als ein Parlamentsbeschluss sein darf. Da ein Volksentscheid jederzeit einen Parlamentsentscheid überstimmen darf, muss das umgekehrt auch möglich sein. So wird dieses Instrument schnell wieder ausgehebelt.

Leider hat es Ver.di zu diesem Zeitpunkt verpasst, die Wut über diese Entscheidung auch auf die Straße zu lenken. Ich war bei der damaligen Sitzung nach der Entscheidung im Hamburg Rathaus die Krankenhäuser trotz Volksentscheid zu verscherbeln und dort wurde nur auf die Entscheidung des Verfassungsgerichts orientiert, obwohl die anwesenden Gewerkschaftssekretäre gerne ganz andere Maßnahmen ergriffen hätten. Und genau diese Maßnahmen sind letztlich die mit denen ein Erfolg auch gegen weitere Formen der Privatisierung möglich ist. In Düsseldorf ist an den Universitätskliniken gerade geplant gewesen die Küche, die Wäscherei und die Sterilisationsabteilung auszugliedern. Dagegen haben sich alle Beschäftigten in gemeinsamen Aktionen unter dem Motto „Wir alle sind das UKD!“ gewehrt. Nach mehreren Warnstreiks sind die Pläne dann zurück genommen worden. Solche Beispiele sollten ebenso wie die Bürger- und Volksentscheide Schule machen.

Denn nur durch gemeinsame solidarische Aktionen gegen das Vorrücken des privaten Eigentums in immer weitere Bereiche des öffentlichen Lebens können Erfolge erzielt werden. Ich denke, dass nicht zuletzt deshalb die Forderung, die auch Oskar Lafontaine derzeit immer wieder in die Debatte bringt, das Recht auf einen Generalstreik einzuführen, auch eine der wichtigsten Forderungen für den Kampf gegen Privatisierungen ist.

Nils Böhlke, Nils.Boehlke[at]gmx.de